

## **Offener Brief**

### **Erhalt der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen in NRW**

*KEINE Streichung der Förderung der Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren in Nordrhein-Westfalen durch die Landesregierung*

Die Teilnehmenden des diesjährigen Landestreffens der Arbeitslosen aus NRW sind entsetzt, dass die Förderung für erfolgreiche, mit hoher Kompetenz ausgestattete und vernetzte Einrichtungen ersatzlos gestrichen wird. Das ist nicht nur das Ende der unabhängigen Beratung, sondern gleichzeitig das Aus für die Zentren als Anlaufstellen der Arbeitslosen.

Angesichts der Individualisierung und der damit verbundenen Vereinsamung der Arbeitslosen zerbrechen mit der Schließung der Einrichtungen die letzten noch bestehenden sozialen Kontakte. Arbeitslosenzentren bieten einen „geschützten“ Raum. In vertrauensvollem Rahmen können Existenzängste ausgesprochen und gegenseitige Unterstützung und konkrete Lebenshilfe geleistet werden.

Nur die Mitarbeitenden der unabhängigen Beratungsstellen garantieren den Arbeitslosen Anonymität und Datenschutz. Durch ihren ganzheitlichen Ansatz unterstützen sie die Menschen in allen Problemlagen, die Arbeitslosigkeit verursacht. Sozialberatung ist mehr als Integration in den Arbeitsmarkt: Sie muss in einem ersten Schritt die vielfältigen Existenz bedrohenden Problemlagen klären, ehe der Kopf für andere Fragen – Bewerbungen, Fortbildungen, Arbeitsaufnahme – frei wird.

Auch der hohe Beratungsbedarf in den Schulen zeigt, dass es nicht ausschließlich um Arbeitsmarktfragen, sondern um die Lösung von armutsbedingten explosiven Konfliktsituationen geht.

Trotz des geringen Kostenaufwandes von 4,37 Millionen Euro wird ein wesentliches Element der sozialen Arbeit mit seinen Kompetenzen und reichhaltigen Berufserfahrungen politisch gewollt zerschlagen! Diese Arbeit können weder ARGEN noch andere Behörden leisten! Gleichzeitig wird eine weitere gewollte Entrechtung der Mittellosen in Angriff genommen: Die geplante Abschaffung der Prozesskostenhilfe verhindert die Durchsetzung der eigenen Interessen vor Gericht.

Der Sozialbericht NRW 2007 benennt deutlich die Folgen der so genannten Hartz-Reformen – wachsende Armut breiter Bevölkerungsschichten, besonders der Kinder – und weist ausdrücklich auf die Bedrohung des sozialen Friedens hin. Es ist völlig unverständlich, warum trotzdem durch das ersatzlose Streichen der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen auf diese gesellschaftlich wichtige und vermittelnde Arbeit verzichtet wird.

Diese Zerschlagung bestehender Strukturen ist geradezu eine Aufforderung für Rechtsextreme, das frei werdende Terrain jetzt auch in NRW zu besetzen. Dafür gibt es bereits Beispiele.

*Sage später niemand, er habe es nicht gewusst.*

Wir fordern die Verantwortlichen auf, die Förderung der Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren in NRW mindestens im bisherigen Umfang fortzusetzen!

*Die nächsten Wahlen kommen bestimmt.*